

Aus Bund und Ländern

## Ausgabensteigerung bei den Betriebskassen

BONN. Die Ausgaben der Betriebskrankenkassen haben sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 10,5 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 1991 erhöht. Gleichzeitig sind die Grundlöhne nur um 5 Prozent gestiegen. Dies geht aus einer Hochrechnung des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen für die alten Bundesländer hervor. Bezogen auf die einzelnen Leistungsbereiche, ergeben sich folgende Steigerungsraten: ärztliche Behandlung: 9 Prozent, zahnärztliche Behandlung: 13 Prozent, Zahnersatz: 17 Prozent, Arzneien: 9 Prozent, Heil- und Hilfsmittel: 11 Prozent, Krankenhausbehandlung: 11,5 Prozent. JM

## Privatkliniken: „Deutliches Signal“

BONN. Der Bundesverband Deutscher Privatkrankenanstalten e. V. hat das Krankenhausreformkonzept von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer begrüßt; der Verband sieht darin ein deutliches Signal für mehr Privatinitiative in der stationären Krankenversorgung. Die Ablösung des tagesgleichen pauschalierten Pflegesatzes und die Einführung von mehr Sonderentgelten und Fallpauschalen ab 1995 seien wichtig für den Abbau von unwirtschaftlichen Strukturen in der Krankenhausversorgung. Die zusätzlichen Anreize für private Investitionen bedeuteten eine Weichenstellung auf eine teilmontaristische Finanzierung. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sollte im Gesetz sichergestellt werden, daß öffentliche Krankenhäuser nach Aufhebung des Prinzips der Selbstkostendeckung ihre Defizite nicht mehr aus Steuermitteln (Amtsetat) ausglei-

chen dürfen. Heute schon werden Betriebskostendefizite kommunaler Krankenhäuser mit mehr als zwei Milliarden DM p.a. contra legem subventioniert.

Der Privatkrankenanstalten-Bundesverband hält es für unrealistisch, auf der einen Seite neue Personalanhaltszahlen im Pflegebereich festzusetzen, auf der anderen Seite die Einnahmen der Krankenhäuser zu deckeln und diese an die Entwicklung der Grundlohnsumme zu binden. Auch dürfe es keine Eingriffe in das Vertragsrecht zwischen Krankenhaus und Chefarzten geben. HC

## Pflegeversicherung: Gegen eine Zwangsrekrutierung

BONN. Gegen eine Zwangsrekrutierung der 8 Millionen Privatkrankenversicherten in die Pflegepflichtversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich der Verband der privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) ausgesprochen. Die Privatasekuranz lehnt die Vorstellungen des Bundesarbeitsministeriums ab, den Privatkrankenversicherten ledig-

lich ein Recht einzuräumen, einen Antrag auf Befreiungsversicherung zu stellen. Die private Krankenversicherung hingegen pocht auf die Einhaltung des Grundsatzes „Pflegeversicherung folgt Krankenversicherung“. Demnach müßten Privatkrankenversicherte auch ausschließlich in der privaten Krankenversicherung pflegeversichert werden, und zuvor zumindest adäquat.

Die Deutsche Krankenversicherung AG (DKV), Köln/Berlin, hat ausgerechnet, daß eine umlagefinanzierte soziale Pflegepflichtversicherung den Beitragssatz in 30 Jahren verdoppeln müßte (allerdings geht sie von der unrealistischen Annahme aus, daß die Nachfrage- und Preisparameter konstant bleiben). HC

## Namensänderung

BAD NAUHEIM. Die Hessische Akademie für Betriebs-, Arbeits- und Sozialmedizin e.V. hat ihren Namen geändert und heißt jetzt Hessisch-Thüringische Akademie für Betriebs-, Arbeits- und Sozialmedizin e.V. Bad Nauheim und Jena. Der Sitz bleibt W-6350 Bad Nauheim, Carl-Oelemann-Weg 11. Kli-

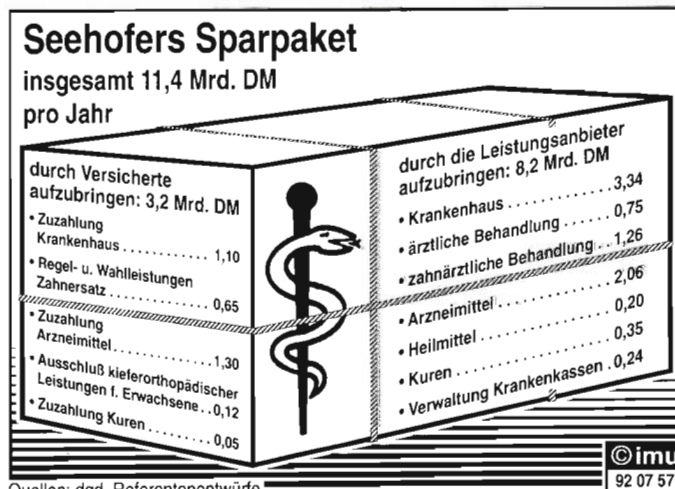
## Prof. Brandstädter: Kündigung wegen Stasi-Mitarbeit

MAGDEBURG. Prof. Dr. sc. med. Walter Brandstädter, Präsident der Ärztekammer Sachsen-Anhalt, hat vom Wissenschaftsminister seines Landes die fristlose Kündigung als Hochschullehrer erhalten. Dem jahrelangen Leiter des Instituts für Blutspende und Transfusionswesen an der Medizinischen Akademie Magdeburg wird vorgeworfen, Informeller Mitarbeiter (IM) des Staatssicherheitsdienstes gewesen zu sein. Brandstädter hatte keine Gelegenheit, sich zu den Anschuldigungen zu äußern.

Pamela Runkel, Sprecherin des Wissenschaftsministers Prof. Dr. Rolf Frick, wollte mit Hinweis auf den Datenschutz keine näheren Angaben dazu machen, was Brandstädter konkret vorgeworfen wird. Es liege aber ein „eindeutiges Gauck-Gutachten“ vor. Neben dem Ärztekammer-Präsidenten haben noch vier weitere Wissenschaftler der Akademie die fristlose Kündigung erhalten.

Presseberichten zufolge hat Brandstädter die Vorwürfe als „lachhaft“ bezeichnet: Zwar habe er wie fast alle Verantwortlichen in der DDR Kontakt zur Staatssicherheit gehabt, sich jedoch nie zum Handlanger machen lassen. Man müsse schon ein Idiot sein, um sich als IM zum Ärztekammer-Präsidenten wählen zu lassen, anstatt im Westen an eine Privatklinik zu gehen, wo niemand nach einer Stasi-Vergangenheit frage.

Prof. Brandstädter hat sich inzwischen bis auf weiteres von seinem Amt als Kammerpräsident beurlauben lassen. Er will die Kündigung vom Arbeitsgericht überprüfen lassen. Zu seinen Darstellungen innerhalb einer Vorstandssitzung teilte die Kammer mit: „Der Vorstand hatte keine Veranlassung, an der Richtigkeit der Aussagen zu zweifeln.“ th



Die Gesetzentwürfe zur Strukturreform im Gesundheitswesen passierten am 12. August das Bundeskabinett. Danach soll die gesetzliche Krankenversicherung jährlich um 11,4 Milliarden DM entlastet werden. Die Belastungen tragen künftig die Versicherten mit 3,2 Milliarden DM und die Leistungserbringer mit 8,2 Milliarden DM.